

Dokumentation des BürgerInnenforums
„Schultoren öffnen für Eltern mit Migrationshintergrund“

05.09.2013



Gastgeber: YES (verikom), Masjid Rahma, GaAdangme, African Christian Council
Moderation: Anne Pelzer
Veranstaltungsort: Schorsch
TeilnehmerInnen: ca. 80 TeilnehmerInnen (u.a. MSOs, LI, Schulbehörde, Elternprojekte, Referendare, SozialarbeiterInnen, Interessierte.)

Kontakt:

Sally Mary Riedel
verikom

Yes@verikom.de

Ali Awudu
Masjid Rahma

Info-masjidrahma@gmx.de

Sarah Hoeling
GaAdangme Club. e.V.

Sallyco1@yahoo.de

Inhalt:	
Einladung/Programm	2
Ergebnisse aus den Foren	3
Ideen und Handlungsempfehlungen	5
Ergebnisse der Podiumsdiskussion	7
Beiträge und Forderungen der Gäste und MSO-VertreterInnen	9



MUSLIMISCHER FAMILIEN - VERZIN e.V.
Masjid Rahma



African Christian Council
Germany



GaAdangme e.V.



Schultore öffnen für Eltern mit Migrationshintergrund

Einladung zum BürgerInnenforum am 05.09.2013

Die meisten Eltern mit Migrationshintergrund haben großes Interesse, an Schule aktiv teilzunehmen. Der Zugang fällt vielen von ihnen jedoch schwer. Wenn es auch teilweise sprachliche Hürden gibt, beschreibt doch die Mehrheit der Eltern eher fehlendes Wissen über das deutsche Schulsystem und seine Anforderungen und Möglichkeiten für Eltern, Verunsicherung, ob man den Erwartungen der Schule, der Lehrer und der anderen Eltern entsprechen kann, Diskriminierungserfahrungen und Ohnmachtsgefühle als wesentliche Gründe für ihre Zurückhaltung und den oft geringen, fehlenden oder angespannten Kontakt zur Schule.

Migrantenorganisationen sind für viele MigrantInnen erste Anlaufstelle, wenn sie Unterstützung suchen. Hier wird beratschlagt, Wissen ausgetauscht und ermutigt. Drei afrikanische Migrantenorganisationen: Masjid Rahma, GaAdangme und der African Christian Council möchten mit Ihnen über die besonderen Schwierigkeiten und Wünsche ihrer Mitglieder in den Austausch gehen. Sie bieten sich als Partner zur Entwicklung neuer Ideen und Wege an, um die Schultore für Eltern mit Migrationshintergrund weiter zu öffnen. Sie werden dabei vom YES-Projekt von verikom, vom Schorsch und von Ihnen allen unterstützt. Wir laden Sie ein zu einem gemeinsamen Bürgerforum. In unserer Veranstaltung möchten wir mit Ihnen, Fachleuten aus der pädagogischen Praxis in und außerhalb von Schule, aus Behörde und Politik, mit VertreterInnen von MSO, Eltern und Interessierten folgenden Oberthemen nachgehen:



Donnerstag, 05. September 2013
16.15-19.00Uhr

Mit Kinderbetreuung!

Programm

16.15 Eintreffen

16.30 Begrüßung und Vorstellung der Veranstalter

16:45 Impulsreferat: Eltern im Boot?
Anne-Gaëlle Rocher (verikom- ElternPerspektiven)

17:00 Austauschforen zu den Themen
a. Elternvertretung und Elternbeteiligung
b. Eltern und Schulstart
c. Diskriminierung in Schule

18.00 Ergebnispräsentation und Ausblick

18:30 Offenes Podium, u.a. mit:
Andrea Kötter-Westphalen, (Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Elternfortbildung)
Kurt Edler (Deutscher Koordinator für das Europaratsprogramm Programm Education for Democratic Citizenship and Human Rights)
Andreas Heintze (Amt für Bildung, Steigerung der Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern)
und andere

Veranstaltungsort und Kooperationspartner:

 **Integrative offene Kinder- u. Jugendarbeit SCHORSCH**
im Kirchenweg 20, in der Nähe des Hauptbahnhofs
zwischen Steindamm und Lange Reihe, direkt neben der Heinrich-Wolgast-Schule



Europa für Bürgerinnen
und Bürger

Anmeldungen erbeten
unter:
Yes@verikom.de



**OPEN SOCIETY
FOUNDATIONS**

Ergebnisse aus den Foren



Erfahrungen:

Wenig guter Kontakt zwischen Eltern und LehrerInnen

Die anwesenden Eltern berichten davon, dass ihr Kontakt zu den Lehrkräften ihrer Kinder eher gering ist. Besonders einschneidend ist das, wenn Konflikte auftreten. Im Gespräch mit den Lehrkräften fühlen sich die Eltern oft nicht ernst genommen, ihr Eindruck ist, dass ihre Einschätzungen der Situation nicht als relevant angesehen werden. Sie erleben die LehrerInnen Ihrer Kinder als nicht offen.

Sorgen, und was dann?

Dabei machen sich viele der Eltern Sorgen um ihre Kinder. Ihr Eindruck ist, dass einige LehrerInnen ihren Kindern gegenüber voreingenommen sind. Sie vermissen eine Möglichkeit, das Geschehen in der Schule nachvollziehen und gemeinsam reflektieren zu können. Die Arbeit der Lehrkräfte wird auch nicht durch andere kontrolliert, so dass die Eltern, wenn sie nicht in guter Kommunikation mit den LehrerInnen sind, keine Möglichkeit sehen, mit ihren Sorgen produktiv umzugehen. Dabei haben sie es teilweise mit massiven Konflikten zu tun. In einigen Fällen sahen sie den einzigen Ausweg im Schulwechsel ihrer Kinder.

Fehlende Informationen

Neben den ganz persönlichen Schwierigkeiten ihrer Kinder, die sie begleiten möchten, fehlt ihnen auch eine Chance, die Struktur von Schule zu verstehen. Die Eltern sind in ihrer Mehrheit nicht in Deutschland in die Schule gegangen und sind so auch nicht mit der Struktur, den Ritualen, dem Umgang vertraut. Ihnen fehlen Informationen. Z.B. ist die Funktion des Elternrats weitgehend unbekannt. Darüber hinaus sind sie nicht mit den Lerninhalten vertraut und wünschen sich mehr Information darüber. Wenn sie nicht wissen, was ihre Kinder in der Schule lernen und lernen sollen, können sie sie nicht unterstützen und ihnen fehlt die Möglichkeit, die Leistungserwartungen und die tatsächlichen Leistungen ihrer Kinder realistisch einschätzen zu können. Insgesamt erleben sich die anwesenden Eltern als negativ stigmatisiert.

Vorurteile und Stereotype

Immer wieder sind die Kinder und ihre Eltern mit negativen Vorurteilen konfrontiert: „Die afrikanischen Jungs sind die Schlimmsten.“ „Sie lassen sich nichts sagen.“ „Die Eltern unterstützen ihre Kinder nicht.“ „Die Eltern interessieren sich nicht für Bildung/sind ungebildet.“ etc. Ständig dagegen ankämpfen zu müssen, führt zu Frustration und schließlich zur Abwehr gegen die Schule bei SchülerInnen und ihren Eltern.

Kinder verlieren die Motivation

Eltern erleben, wie ihre Kinder von den Anforderungen der Schule überfordert sind und wünschen sich gerade dann mehr Unterstützung für sie. Tatsächlich erleben sie eher, dass ihre Kinder fallen gelassen und nicht gefördert werden.

Niedrige Leistungserwartung, niedrige Schulempfehlungen

Die Schulempfehlungen fallen häufig niedriger aus, als erhofft, dies auch dann, wenn die Schulnoten anderes möglich machen würden.

Elternbeteiligung und sozio- kulturelle Herkunft als Kriterium für Leistungsbewertung und Übergangsempfehlungen

Wenn sich die Eltern nicht aktiv in der Schule einbringen, keinen engen Kontakt zu den LehrerInnen halten, wenn sie nicht oder nur wenig Deutsch sprechen, wirkt sich das häufig negativ auf die angenommene Leistungsfähigkeit ihrer Kinder aus. Das sollte aber doch eigentlich keine Rolle spielen.

Diskriminierungserfahrungen werden nicht ernst genommen, sie werden verharmlost oder es kommt zur Viktimisierung: Du bist ja selber schuld – Du hast ja dazu beigetragen, dass so mit Dir umgegangen wird. Eine von Schule unabhängige Beratungsstelle für Betroffene von Diskriminierung fehlt. Innerhalb der Schule wird selten professionell damit umgegangen. Außerdem fürchten Eltern, dass ihre Kinder in der Schule Nachteile erleiden, wenn sie gegen Diskriminierung vorgehen. Dabei wünschen sie sich einen offenen Umgang mit dem Thema: Diskriminierung kommt vor, auch wenn das nicht immer in böser Absicht geschieht. Man muss darüber sprechen.

Lösungssuche außerhalb deutscher Schulen

Einige Eltern erwägen sogar, ihre Kinder ins Ausland zu schicken, in der Hoffnung, ihnen dort bessere Chancen für ihren Schulerfolg zu bieten.

Ideen und Handlungsempfehlungen:



Externe Beratung im Konfliktfall und bei Diskriminierungserfahrungen
Konfliktlösung und Unterstützung beim Umgang mit Diskriminierung von neutralen, externen, vertrauensvollen und erfahrenen Personen/ Trägern. Dabei wäre es schön, wenn Menschen, die selber Erfahrungen mit Diskriminierung und Benachteiligung gemacht haben, an einem solchen Angebot beteiligt wären.

Regelmäßige Reflexionsgruppen und Fortbildungen für alle LehrerInnen und andere Akteure in Schulen zur Sensibilisierung für interkulturelle und interreligiöse Themen – hier könnten auch die Eltern über eigene Erfahrungen und Schullaufbahn berichten

Elternsprecher übernehmen Verantwortung für das Thema Kommunikation von Schule und Eltern, insbesondere solchen mit Migrationshintergrund. Sie beraten sich untereinander und suchen Lösungen.

Besserer Wissenstransfer von Schule zu Eltern.

Elternfortbildungen zum Schulsystem, Schulanforderungen und Elternunterstützung.

Die Schulbehörde nimmt Eltern mit Migrationshintergrund als Partner ernst.

Ein weiteres Bürgerforum wird von der Schulbehörde veranstaltet.

Empfehlungen für weiterführende Schulen auf Basis von Noten, Konsultation der Eltern. Frühere Information zum Übergang in die weiterführenden Schulen (3. Klasse).

Gute Beispiele bekannt machen (z.B. STS am Hafen Neustadt – LehrerInnen die mit Sprache und Kultur der Eltern vertraut sind).

BeratungslehrerInnen müssen schneller reagieren. Sie werden für die Themen der Eltern und Kinder mit Migrationshintergrund besonders sensibilisiert und auf den Umgang mit Konflikten fachlich vorbereitet.

Definierte Standards erleichtern LehrerInnen einen offeneren und konstruktiveren Umgang mit den Eltern und einen faireren Umgang mit ihren SchülerInnen.

Mehrsprachigkeit im Dialog mit den Eltern ermöglichen.

Stärkung des Austauschs unter den Eltern über Probleme, Konflikte, schulische Inhalte, Strukturen etc..

Öffnung der Schulen und Vernetzung mit Anbietern von unterstützenden Leistungen, wie Beratung, Nachhilfe, Sprachkurse für Eltern etc.

Eltern suchen und halten den Kontakt zur Schule von der Grundschule an und lassen sich nicht entmutigen.

Bessere Qualifikation von ErzieherInnen, denn Bildung muss schon im Kindergarten anfangen.

Schüleraustausch in Herkunftsländer der SchülerInnen der Klasse bzw. ihrer Eltern, kann nicht nur identitätsstiftend sein sondern eine gleichwertige Anerkennung der Herkunftsregionen und interkulturellen Austausch fördern.

Insgesamt wünschen sich die Eltern, dass die LehrerInnen sich ernsthaft bemühen, allen SchülerInnen gerecht zu werden.

Sie gehen davon aus, dass dies besser gelingen kann, wenn LehrerInnen und Eltern intensiver im Gespräch sind. Sie wünschen sich, dass dieser Kontakt stärker sachlich und weniger emotional erfolgt. Gerade dafür bieten sich präventive Maßnahmen wie standardisierte transparentere Informations- und Austauschwege an. Der Wunsch nach externen AnsprechpartnerInnen wird v.a. für den Konfliktfall gewünscht. Auch hier geht es um konstruktive Lösungssuche miteinander. Aufgrund der in der Struktur angelegten ungleichen Machtverhältnisse wünschen sich die Eltern aber einen fachlich versierten Beistand.



Ergebnisse der Podiumsdiskussion:



Zentrale Diskussionspunkte und Angebote:

Andrea Kötter-Westphalen (Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Elternfortbildung):

Lädt ein zu Fortbildungen am Landesinstitut, dabei weist sie auf Elternratgeber und Broschüren für Eltern hin. Das Schulinformationszentrum (*Ansprechpartnerin Frau Harrendorf*) bietet Beratung und Informationen. Laut Frau Kötter-Westphalen sollen mehr MultiplikatorInnen ausgebildet und eingesetzt werden, welche auch neutrale Personen/BeraterInnen sein können.

- Frau Kötter-Westphalen nimmt sich vor, mehr an der Öffentlichkeitsarbeit zu arbeiten, um den Wissenstransfer zu gewährleisten.
- Eine Elternkooperation wäre für sie denkbar. Das LI bietet Fortbildungen für das Amt als Elternvertretung. Diese können aber auch von anderen Eltern in Anspruch genommen werden. Auf Nachfrage können die Fortbildungen auch in Migrantenorganisationen angeboten werden.

Kurt Edler (Deutscher Koordinator für das Europarats-Programm Education for Democratic Citizenship and Human Rights):

Der Council of Europe hat seit 2010 das Ziel einer Charta. Wichtig sei, dass sich Schulen und Organisationen auf Augenhöhe begegnen. Dies durchzusetzen verlange eine Selbstorganisation der Beteiligten. Beim Thema Elternpartizipation sollten Schulen hinterfragen, warum Eltern nicht partizipieren. Gleichzeitig könnten Eltern den Prozess fördern, indem sie die Schulleitung ständig fordern und sich mit anderen Eltern vernetzen.

- Herr Edler ist dafür, dass nicht nur Elternvertreter, sondern alle Eltern fortgebildet werden.
- An Schulen müssen die Potenziale aller Eltern gesehen werden. Mehr *Socialising* von Schulen.

Andreas Heintze (Amt für Bildung, Steigerung der Bildungschancen von SchülerInnen und Schülern):

Herr Heintze betont, dass obwohl sich das Schulsystem in seinen theoretischen Grundlagen längst verändert habe, er im Forum Schulanfang viele erschreckende Beispiele gehört habe. Die Tradition, SchülerInnen auszusondern hält wohl an, Hamburg habe inklusive Schulen und Eltern hätten die Wahl für die Übergangsschule: Die Wirklichkeit zeige das Problem der Umsetzung von Standards. Es gäbe gute Beispiele von Schulen, welche verlässlich seien und Beratungen bieten. Dennoch sei es „Glückssache“ ob oder ob man nicht an eine Schule gerät, die willkommen heiße. Es bedarf der Stärkung von LI-Fortbildungen und das Verständnis von Schule als interkulturelle Einrichtung. Zudem werden mehr Projekte benötigt, z.B. die Ausbildung von Eltern als MultiplikatorInnen, sowie mehr Veranstaltungen wie das heutige BürgerInnenforum. Eltern sollten mehr zusammenkommen, sich verbünden und ihre Stimme erheben, um politisches Wirken zu erzeugen.

→ Herr Heintze weißt darauf hin, dass Elternkooperationsprojekte an Schulen geplant sind: MSO können dafür Ansprechpartner sein.

→ Zudem ist es wichtig, die Strukturen einzelner MSO kennen zu lernen und deren Potenziale zunutzen.

Rafiwu Salami (Vorstandsmitglied des muslimischen Familienvereins *Masjid Rahma* Hamburg):

Als MSO hat die Gemeinde das Ziel einer besseren Zukunft ihrer Kinder. Eltern erleben oft keinen Dialog, sowie oft eine Abwehrhaltung von LehrerInnen. Schule wirke dabei nicht einladend. Broschüren und Material allein reichen nicht als Lösung. Es bedarf Mehrsprachigkeit, welche niedrigschwellig gehalten sein sollte. Gleichzeitig bestehe große Sorge um die Identität der Kinder: schwarze Jugendliche, welche in Hamburg geboren wurden und keine Perspektive haben, fühlen sich weder in Deutschland noch in Afrika zu Hause.

→ Herr Salami bietet sich weiterhin als Ansprechpartner und Kooperationspartner für Behörde und LI an.

→ Mobilisiert und kämpft weiter gegen Bildungsungleichheit im Schulsystem.

Beiträge und Forderungen der Gäste und MSO-VertreterInnen:



- ElternvertreterInnen bekommen Broschüren vom LI zugeschickt, das reicht nicht: der Wissenstransfer ist zu gering.
- Interkulturelle Fortbildungen müssen sowohl in der Lehrerausbildung als auch für LehrerInnen obligatorisch sein.
- Willkommenskultur in Schulen wird gewünscht.
- Förderung der Heterogenität in der Lehrerschaft.
- Vernetzungsmöglichkeit von MSOs durch lokale Bildungskonferenzen.
- Aktuelle Entwicklung: Hamburg hat 20% Referendare mit Migrationshintergrund das Netzwerke von Lehrkräften mit Migrationshintergrund, sowie das Projekt Schülercampus.
- Eltern sind bereit mitzubestimmen; aber auch das benötigt professionelle Beratung der Vernetzung.
- Nicht nur der Migrationshintergrund auch Genderproblem.
- Erfahrungen von afrikanischen Eltern ähneln den Erfahrungen anderer Eltern.
- Insgesamt ist das Thema Elternbeteiligung in Schule weiterzuentwickeln.
- Die Interkulturelle Elterninitiative in Hamburg, als heterogene Gruppe von Eltern, hat das Ziel, eine Lobby zu bilden. Lädt Communities ein, teil zu nehmen.
- Multiplikatoren müssen finanziert werden!
- Wenn das System fordert, dass Eltern zu Hause ihre Kinder unterstützen sollen, dann bedarf es Fortbildungen im Fachunterricht für Eltern.
- Zusammenarbeit braucht Vertrauen. Vertrauen ist wertvoll und braucht Zeit.
- Gemeinsames Entwickeln und Entscheiden auf Augenhöhe.

- Termine und Arbeitsweisen in Absprache, Alltag der Eltern berücksichtigen.
- Mehr als 30 Jahre leben AfrikanerInnen in dieser Stadt, sie wurden vernachlässigt!
- Eine Vielzahl von Jugendlichen mit Migrationshintergrund fühlt sich ausgeschlossen, es könnten sich ähnliche Probleme wie in den Vorstädten Frankreichs und Großbritanniens ergeben. Langfristige Folgen wären, dass Jugendliche keine Ausbildung machen, nicht arbeiten und keine Steuern zahlen werden.